

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 051 | 26.4.2024

Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung beenden: Für eine echte „Wirtschaftswende“!

Liebe Leserin, lieber Leser,

während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen, trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland weiter ein. Vor diesem Hintergrund streiten Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck über ein sog. „Dynamisierungspaket“.

Lindner macht in der Bundesregierung jede wirtschaftsfeindliche Gesetzgebung mit – und zündet dann kurz vor dem FDP-Parteitag eine wirtschaftsfreundliche Bombe.

Das ist ein unglaubliches Vorgehen! Es wäre seine Aufgabe, am Kabinettstisch die ideologisch geprägten Fehler der Ampel zu verhindern!

Die Union fordert bereits seit geraumer Zeit [Maßnahmen zugunsten einer echten „Wirtschaftswende“](#) ein. Hierzu haben wir auch umfangreiche Vorschläge gemacht:

Zu nennen ist hier insbesondere der [12-Punkte-Reformplan für eine starke Wirtschaft](#). Mit unserem Leitantrag nehmen wir die FDP beim Wort und verleihen unseren Forderungen Nachdruck: Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden.



Ich sage:

Dazu braucht es kein Showfeuerwerk von Ankündigungen, sondern zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger.

Sanktionierung des Irans und Unterstützung der Revolutionsbewegung

Der Iran hat erst erstmals direkt von seinem Staatsgebiet aus Israel mit Drohnen und Raketen angegriffen. Dieser Angriff ist der vorläufige Höhepunkt einer stetig zunehmenden und von Iran ausgehenden Eskalation.

Gemeinsam mit seinen bewaffneten Unterstützern im Libanon, Jemen, Syrien und den Palästinensischen Gebieten schürt der Iran Konflikte und Hass im gesamten Nahen und Mittleren Osten.

Zu lange wurde im Umgang mit dem Iran Nachsicht geübt, auch in der Hoffnung, vielleicht doch noch ein Atomabkommen zu erreichen. Spätestens jetzt muss die Bundesregierung ihre Iran-Politik korrigieren und mit einem umfassenden Sanktionspaket entschieden handeln.

Wir stehen an der Seite Israels. Die Verteidigung des Existenzrecht Israels darf dabei keine Phrase sein, sondern muss sich in einer konsequenten und wirksamen Iran-Politik der Bundesregierung widerspiegeln. Nur so kann der Iran eingehegt und weiterer von ihm ausgehender Terror verhindert werden. [Wir fordern](#) die Listung der Revolutionsgarden auf europäischer sowie die Schließung des „Islamischen Zentrums“ in Hamburg auf nationaler Ebene.

Von der  **abgelehnt!**

Aktuelle Stunde: „Unzureichende Sportpolitik der Bundesregierung – Wege für einen Neustart suchen“

Mehr als die Hälfte der laufenden Wahlperiode ist verstrichen, die sportpolitische Bilanz der Bundesregierung zeigt deutliche Defizite. Dies wird in drei wichtigen Handlungsfeldern der Sportpolitik besonders deutlich.

Erstens: Der Referentenentwurf des BMI vom 1. März 2024 – unter anderem zur Schaffung einer „unabhängigen Agentur“ für die Förderung im Spitzensport – wird von wesentlichen Akteuren wie dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und den Landes-Sportbünden deutlich kritisiert. Mit der neuen Agentur wird keine Bürokratie abgebaut, vielmehr wird eine zusätzliche Instanz geschaffen.

Zweitens: Der Entwicklungsplan Sport – nach dem Konzept des BMI ein Herzstück für die Stärkung des Breitensports in Deutschland – ist gescheitert. Die Länder haben die Zusammenarbeit mit dem BMI eingestellt, auch weil die Bundesregierung kein Geld für die Umsetzung des Plans zur Verfügung stellt.



Drittens: Mehr als 50 Jahre nach den letzten Olympischen Spielen in Deutschland – und wenige Monate, bevor Paris unter den Augen der Welt ein großartiges Sportfest feiert – stockt die Umsetzung der Pläne für eine deutsche Olympiabewerbung. Ein geplantes „Memorandum of Understanding“ von Bund und Ländern zur Vorbereitung einer Bewerbung kam bisher nicht zustande. Auch hier fühlen sich die Länder und der organisierte Sport vom BMI brüskiert.

[Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Sportpolitik:](#) Im Spitzensport brauchen wir transparente Förderung und klare Verantwortlichkeiten. Die Schaffung neuer bürokratischer Strukturen lehnen wir ab. Die Bundesregierung muss ihre Kommunikation und Kooperation mit allen Beteiligten im Sport neu und vertrauensvoller ausrichten. Sie muss endlich die Bedeutung des Breitensports für unsere Kinder und Jugendlichen und für die Gesellschaft insgesamt anerkennen und entsprechend handeln.

Ferner müssen die Planungen für internationale Sportereignisse, wie die Olympiabewerbung, verlässlich und in echter Partnerschaft mit allen Beteiligten erfolgen.

Mit unserem [Antrag](#)

Für eine umfassende Wertschätzung – Einen **nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung der Veteranen und deren Familien verbessern,**

den wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen einbringen, setzen wir uns für einen nationalen Veteranentag am 15. Juni eines jeden Jahres ein. Damit wollen den Einsatz und die Opfer aller Bundeswehrsoldaten angemessen würdigen.



Wir rücken so Respekt und Anerkennung für die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten in den Vordergrund.

Gleichzeitig ist es unser Anliegen, die Fürsorge bei im Dienst – insbesondere im Auslandseinsatz – erlittenen Schädigungen zu verbessern.

Mit unserem Antrag streben wir eine sichtbare und öffentliche Durchführung dieses Gedenktages an, der Bildungs- und Informationsangebote umfasst und die Beteiligung der Länder und Kommunen vorsieht. Mit einem früheren, eigenen Antrag haben wir als Unionsfraktion den Auslöser für diesen fraktionsübergreifenden Antrag gesetzt.

Unsere Initiative unterstreicht die breite Anerkennung der Verdienste aktiver und ehemaliger Bundeswehrangehöriger durch unsere Unionsfraktion und macht das kontinuierliche Engagement der Union für die Belange der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten sichtbar.

Mit unserem [Antrag](#)

Taten statt Worte – Für eine effektive Terrorabwehr in Deutschland

fordern wir gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage in Deutschland und zur Stärkung unserer Sicherheitsbehörden.

Die weltweite Sicherheitslage ist angespannt, Deutschland ist von diesen Sicherheits Herausforderungen direkt betroffen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Speicherung von IP-Adressen vorgibt und es unseren Sicherheitsbehörden ermöglicht, diese und weitere relevante Daten zur Terrorabwehr zu nutzen. Zudem wollen wir eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform einführen, um schon bei der Polizei vorhandene Daten effektiver zu nutzen und die Effizienz beim Datenabgleich zu steigern. Des Weiteren streben wir an, die Befugnisse zur Gesichtserkennung auszubauen. Wir wollen neue gesetzliche Grundlagen schaffen, um die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Extremismus zu verstärken. Die derzeitige Weigerung der Bundesregierung, notwendige Rechtsgrundlagen insbesondere im digitalen Bereich zu schaffen, ist unverständlich. Sie schwächt die Terrorabwehr und gefährdet die Sicherheit Deutschlands.

Von der  **abgelehnt!**

Für eine starke Batterieforschung in Deutschland

Batterietechnologie ist eine Schlüsselkomponente für zahlreiche Industriezweige in Deutschland – wie etwa Medizintechnik, Robotik und Automobilindustrie. Sie ist von fundamentaler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Mit unserem [Antrag](#) – den wir in dieser Woche erstmals beraten – fordern wir die Bundesregierung auf, für Planungs- und Handlungssicherheit in der Batterieforschung zu sorgen. Dies beinhaltet auch den Erhalt und Ausbau der Forschungskapazitäten. Zusätzlich brauchen wir Investitionen in den Aufbau der Produktionsstätten. Darüber hinaus kritisieren wir die jüngsten von der Bundesregierung vorgenommenen Kürzungen in der Batterieforschung.

Dazu auch eines der **Videos der Woche!**

Mit unserem [Antrag](#)

Für die „Vision Zero“ und gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr

sprechen wir uns gegen die von der Bundesregierung geplante Anhebung des Tetrahydrocannabinol (THC)-Grenzwertes im Blutserum von 1,0 ng/ml auf 3,5 ng/ml aus. Dieser Schritt würde die Verkehrssicherheit erheblich gefährden. Die Bundesregierung darf die Interessen der Cannabiskonsumenten nicht über den Schutz aller Verkehrsteilnehmer stellen.



Wir fordern deshalb – im Sinne der „Vision Zero“, einer Strategie zur Vermeidung von schweren und tödlichen Unfällen im Straßenverkehr – auf die Anhebung des Grenzwertes zu verzichten. Wir plädieren dafür, ein generelles Fahrverbot für Cannabiskonsumenten beizubehalten, wie es die aktuelle Rechtsprechung mit dem Grenzwert von 1,0 ng/ml bereits vorsieht.

Zusätzlich fordern wir, die Regelungen zur Eignungsprüfung bei cannabisbezogenen Verhaltens- und Verkehrsauffälligkeiten unverändert zu lassen und die medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) nicht erst bei wiederholten Zuwiderhandlungen anzuordnen. Die vorgeschlagenen Lockerungen der Überwachungspraxis lehnen wir ab, da sie die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden und das Ziel der „Vision Zero“ untergraben.

Videos der Woche

Dreimal durfte (oder musste?) ich in dieser Sitzungswoche an das Rednerpult:



Bologna-Prozess: [KLICK](#)



AfD-Antrag zum Euro: [KLICK](#)

Batterieforschung: [KLICK](#)

Bilder der Woche

Rosensteingymnasium Heubach



Je später der Abend, desto interessanter die Gäste! Es wurde am Dienstagabend **21:00 Uhr**, bis ich mit den 64 Schülerinnen und Schülern des Heubacher [Rosenstein-Gymnasium](#) diskutieren konnte. Es wurde eine lebendige und interessante Stunde, die auch mir selbst Einiges zum Nachdenken gebracht hat. Danke dafür!

Rechnungsprüfungsausschuss



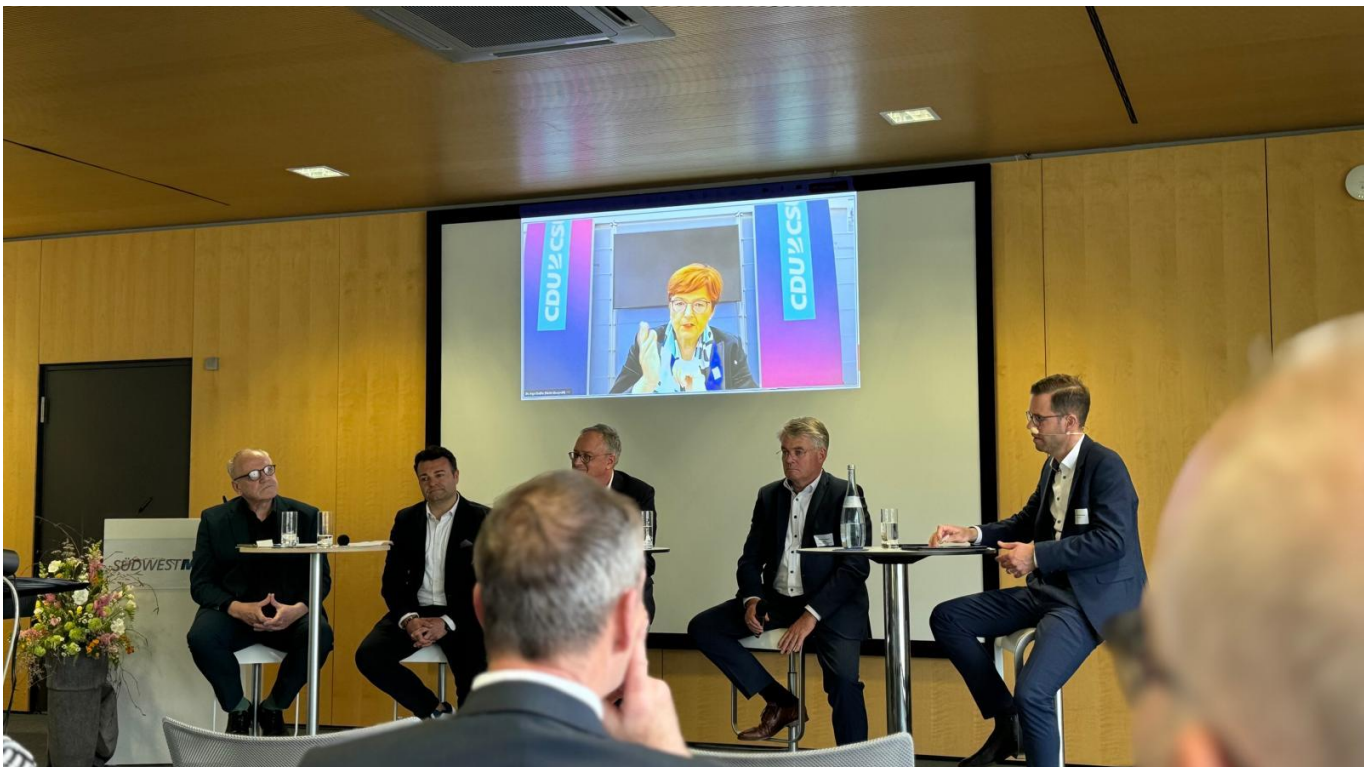
Einmal im Jahr treffen sich die Mitglieder des [Rechnungsprüfungsausschusses](#) mit dem [Bundesrechnungshof](#) zu einer Klausurtagung. Es ging um brisante Themen, u.a. im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Girls' day 2024



Einmal im Jahr veranstaltet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung den „Girls' Day“. Meine gern erfüllte „Aufgabe“ war es, mit den Mädchen über aktuelle politische Themen ins Gespräch kommen und sie zu ermutigen, sich an MINT-Fächer und an politische Arbeit vor Ort zu wagen.

Südwestmetall - Diskussionsrunde „Politik trifft Wirtschaft“



Der Arbeitgeberverband „Südwestmetall“ bat um meine Teilnahme an einer Diskussionsrunde, „Politik trifft Wirtschaft“. Da der Termin in eine Sitzungswoche fiel, wurde ich zugeschaltet und durfte die bundespolitische Fahne hochhalten.

Inhaltlich ging es um für die Wirtschaft relevante Fragen, wie z.B. die Themen Infrastruktur, Transformation, Energiekosten, Sozialabgaben, Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, Bürokratieabbau, geopolitische Lage, etc. – Die Kollegen von den Ampel-Parteien hatten es schwer...

Splitter aus dem Wahlkreis



Antrittsbesuch beim neuen Bürgermeister Max Schäfer in Spiegelberg. Unsere Themen waren Finanzen, die Kinderbetreuung und die Aufnahme von Flüchtlingen.



Die gleichen Themen gab es im Sulzbacher Rathaus, bei Bürgermeisterin Veronika Franco Olias - mit dabei auch CDU-Chef Tom Lukas Lambrecht. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!



Nach 24 Jahren im Rathaus Großerlach: Verabschiedung von BM Christoph Jäger



Was man in 72 Stunden nicht alles machen kann! Ein Dank an den Jugendtreff Oderstraße und die Bettringer Minis!



Bezirksparteitag der **CDU** Nordwürttemberg
Vom Podium hat man einen guten Blick...



Auf Einladung von Roderich Kiesewetter nahm ich an den „11. Königsbronner Gesprächen“ teil.
Thema: Die EU: wirtschaftliche Supermacht, militärisches Mittelmaß?



Jahresfest im Alten- und Pflegeheim Staigacker
in Backnang – es ist immer wieder schön,
alte Freunde zu treffen...



Einweihung des Hochwasserrückhaltebeckens
Gruppenbach / Weissach im Tal

aus Berlin – von Dr. Inge Gräßle – Bericht aus Berlin – von Dr. Inge Gräßle – Bericht aus Berlin – von Dr.



Europa-Empfang des **CDU**-Kreisverbands Ostalb – mit unserer Spitzenkandidatin Dr. Andrea Wechsler.

Ein großes Dankeschön geht an die Fa. Georg Eichele für die Gastfreundschaft.



Und da sie schon einmal auf der Ostalb war, kam Andrea Wechsler auch noch mit zu „Leicht-Küchen“ in Waldstetten.

Dort zeigte uns CEO Stefan Waldenmaier, wie schön und dennoch funktional Küchen sein können!